

Arbeitsstättenrecht

Die Humanisierung der Arbeit
und ihre rechtliche Bedeutung

von Prof. Dr. jur. Dieter Gaul, Köln
und Dipl. Ing. Gerd Kühne, Bad Homburg

Carl Hanser Verlag München Wien 1979

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	13
Literaturverzeichnis	17
1. Die Humanisierung der Arbeit als gesetzliches Gebot	25
1.1 Das Arbeitsschutzrecht als Spiegelbild sozialpolitischer Wertung der Arbeitswelt	25
1.2 Die Rechtsquellen des Arbeitsschutzes.	29
1.2.1 Die verfassungsrechtliche Ordnung	29
1.2.2 Die Arbeitsschutzgesetze.	31
1.2.3 Die Gesetzgebungskompetenz der Länder.	33
1.2.4 Gesetzliche Arbeitsschutzvorschriften	33
1.2.5 Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften	36
1.2.5.1 Rechtsverordnungen	36
1.2.5.2 Verwaltungsvorschriften.	37
1.2.6 Unfallverhütungsvorschriften und Durchführungsanweisungen der Be- rufsgenossenschaft	39
1.2.7 Die Bedeutung der höchstrichterlichen Rechtsprechung im Arbeits- schutz	40
1.2.8 Die Regeln der Technik und deren rechtliche Qualität	41
1.2.9 Gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse als Verhaltensmaß- stab	43
1.2.10 Privatrechtliche Regeln kollektivrechtlicher und individualrechtlicher Art	45
1.2.10.1 Der Tarifvertrag als Rechtsgrundlage des Arbeitsschutzes.	46
1.2.10.2 Die Betriebsvereinbarung als Rechtsgrundlage des Arbeitsschutzes . . .	47
1.2.10.3 Einzelvertragliche Regelungen als Grundlage des ergänzenden Arbeits- schutzes.	48
1.2.11 Das Verhältnis voneinander abweichender Rechtsquellen	49
1.3 Die Regelungsbereiche des Arbeitsschutzes	51
1.3.1 Der vorgreifende Gefahrenschutz	51
1.3.2 Der Gewerbetreibende als Adressat des Arbeitsschutzes. *	51
1.3.3 Sozialrechtliche Schranken der betrieblichen Gestaltungsfreiheit	52
1.3.4 Immissionsschranken.	52
1.4 Der Adressatenkreis von Arbeitsschutzgesetzen	53
1.4.1 Der Gewerbeünternehmer. ^	53
1.4.2 Hersteller oder Einführer technischer Arbeitsmittel.	53
1.4.3 Der Arbeitgeber als Adressat der durch Arbeitsschutzgesetze begrün- deten Pflichten.	54
1.4.4 Der Unternehmer und seine Führungskräfte.	54
1.4.5 Die Träger der gesetzlichen Sozialversicherung !	55
1.4.6 Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und sonstige Kräfte für Arbeits- sicherheit	56
1.4.7 Die Rechtsstellung der Sicherheitsbeauftragten.	57
1.4.8 Die Aufgaben der gewählten Arbeitnehmervertretungen	57

	Seite
14 9	Die betriebliche Einigungsstelle und ihre Funktion 59
1 5	Die Formen des Arbeitsschutzes 60
15 1	Gebots- und Verbotsregeln. 60
15 2	Kontrolle und Aufsicht 61
15 3	Das Genehmigungsverfahren. 62
15 4	Die Weiterentwicklung der Anforderungen. 63
15 5	Die Schulung und das pädagogische Einwirken auf die Praxis durch Behörden und Institutionen. 65
15 6	Das Wirken des Sicherheitsingenieurs im Betrieb. 66
1.5.7	Zivilrechtliche und strafrechtliche Sanktionen 66
2.	Die staatlichen technischen Arbeitsschutzvorschriften — ohne Arbeits- stättenverordnung 68
2 1	Das Maschinenschutzrecht 69
2 2	Das Arbeitsstoffrecht 72
2 3	Das Sprengstoffrecht 75
2 4	Das Strahlenschutzrecht'. 77
2 5	Das Recht der überwachungsbedürftigen Anlagen. 78
2 5 1	Dampfkesselanlagen. 79
2 5 2	Ortsbewegliche Druckgasbehälter und ihre Füllanlagen. 79
2 5 3	Gashochdruckleitungen 80
2 5 4	Aufzugsanlagen 81
2 5 5	Elektrische Anlagen in explosionsgefährdeten Räumen. 81
2 5 6	Getränkeschankanlagen 82
2.5.7	Acetylenanlagen und Calciumcarbidlager 82
2:5.8	Anlagen zur Lagerung, Abfüllung und Beförderung brennbarer Flüssig- keiten 83
2 6	Das Bauordnungsrecht, Gaststättenrecht und Lebensmittelrecht 84
2 6 1	Das Bauordnungsrecht der Länder. 84
2.6.2	Das Gaststättenrecht 86
•2:6.3	Das Lebensmittelrecht. 86
2.7	Das Immissionsschutzrecht 87
2 8	Das Energiewirtschaftsrecht 88
2.9	Das Bergrecht 89
3	Die berufsgenossenschaftlichen technischen Arbeitsschutzvorschrif- ten — Unfallverhütungsvorschriften. 90
3.1	Das Vorschriftenwerk 90
3:2	Unfallverhütungsvorschriften übergeordneter Bedeutung 93
3 3	Unfallverhütungsvorschriften für bestimmte Arbeitsmittel, Maschinen, Fördermittel, Transporteinrichtungen, Behälter, Öfen 94
3.4	Unfallverhütungsvorschriften für bestimmte Stoffe und gesundheits- schädliche Einwirkungen. 95
3 5	Unfallverhütungsvorschriften für bestimmte Tätigkeiten und Arbeits- verfahren 95

3.6	Unfallverhütungsvorschriften für bestimmte Arbeitsplätze und Anlagen'	96
4.	Die Arbeitsstättenverordnung und ihre Ergänzung durch Regeln der Technik	97
4.1	Zweck, Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen	97
4.1.1	Der Zweck der Arbeitsstättenverordnung	97
4.1.2	Der Geltungsbereich der Arbeitsstättenverordnung	98
4.1.3	Begriffsbestimmungen zur Arbeitsstättenverordnung	100
4.1.3.1	Arbeitsstätte *	100
4.1.3.2	Arbeitsraum	101
4.1.3.3	Arbeitsplatz	101
4.1.3.4	Verkehrswege	102
4.1.4	Anwendung der Arbeitsstättenverordnung auf bestehende Betriebe ..	102
4.2	Allgemeine Anforderungen an Arbeitsstätten.	104
4.3	Anforderungen an die Einrichtung von Arbeitsräumen, Verkehrswe- gen, Lager-, Maschinen- und Nebenräumen in Gebäuden.	106
4.3.1	Abmessungen von Arbeitsräumen.	106
4.3.2	Fußböden.	108
4.3.3	Wände und Decken.	109
4.3.4	Dächer.	111
4.3.5	Fenster und Oberlichter. • • •	112
4.3.6	Innenraumbeleuchtung mit künstlichem Licht	113
4.3.7	Türen und Tore.	115
4.3.8	Kraftbetätigte Türen und Tore.	117
4.3.9	Verkehrswege.	119
4.3.10	Fahrtreppen und Fahrsteige.	121
4.3.11	Steigleitern und Steigeisengänge.	122
4.3.12	Laderampen.	123
4.3.13	Rettungswege.	124
4.3.14	Raumtemperatur.	125
4.3.15	Lüftung.	127
4.3.16	Feuerlöscheinrichtungen.	128
4.3.17	Sitzgelegenheiten.	130
4.3.18	Abfallbehälter. ^	132
4.3.19	Schutz gegen Absturz und herabfallende Gegenstände.	133
4.3.20	Schutz gegen Gase, Nebel, Dämpfe, Stäube.	134
4.3.21	Schutz gegen Lärm.	135
4.3.22	Schutz von Einzelarbeitsplätzen.	137
4.3.23	Schutz gegen mechanische Schwingungen.	138<
4.3.24	Schutz gegen elektrostatische Aufladungen. !	139
4.3.25	Schutz gegen Gerüche.	140
4.3.26	Schutz gegen Zugluft.	143
4.3.27	Schutz gegen Hitze.	144

4 4	Anforderungen an die Einrichtung von Sozial-, Sanitär- und Sanitäts- räumen in Gebäuden146
4 4.1	Pausenräume147
4.4.2	Bereitschaftsräume150
4 4.3	Liegeräume152
4.4.4	Gyrihastikräume153
4.4.5	Umkleideräume und Kleiderablagen154
4 4.6	Waschräume und Waschgelegenheiten157
4 4.7	Toilettenräume159
4 4.8	Sanitätsräume161
4.4.9	Einrichtungen zur Ersten Hilfe164
4 5	Anforderungen an die Einrichtung von besonderen Arbeitsplätzen und Arbeitsstätten166
4.5.1	Offene Räume und offene Arbeitsräume166
4.5.2	Räume in Behelfsbauten168
4.5.3	Arbeitsplätze auf dem Betriebsgelände im Freien169
4 5.4	Verkaufsstände im Freien173
4.5.5	Wasserfahrzeuge und schwimmende Anlagen174
4 6	Anforderungen an die Einrichtung von Baustellen176
4 6.1	Arbeitsplätze und Verkehrswege177
4 6.2	Tagesunterkünfte und Umkleidegelegenheiten179
4 6.3	Waschgelegenheiten181
4.6.4	Toiletteneinrichtungen ;...183
4.6.5	Sanitätsräume und Erste-Hilfe-Einrichtungen184
4 7	Anforderungen an den Betrieb von Arbeitsstätten185
4 7.1	Freihalten von Verkehrswegen und Rettungswegen186
4 7.2	- Freihalten von Arbeitsplätzen187
4.7.3	Freihalten von Sozial-, Sanitär-und Sanitätsräumen188
4.7.4	Instandhaltung von Arbeitsstätten189
4 7.5	Prüfungen von Sicherheitseinrichtungen und Mitteln zur Ersten Hilfe190
4 7.6	Reinhaltung der Arbeitsstätten192
4 7.7	Flucht- und Rettungsplan194
5.	Die technischen!Regelwerke und ihre Bedeutung196
5 1	Die Fundstellen der allgemein anerkannten Regeln der Technik \196
5.2;	Die DIN-Normen198
5 3	Die VDE-Bestimmungen199
5.4	Die VDI-Richtlinien200
5 5	Die DVGW-Arbeitsblätter201
5 6.	Die technischen Regeln für überwachungsbedürftige Anlagen202
5 6.1	Die TRD/SR, TRG, TRGL, TRA, TRAC und TRbF202
5.6.2	Die AD-Merkblätter203
5 7	Die Arbeitsstätten-Richtlinien - ASR204
5 8	Die technischen Regeln für gefährliche Arbeitsstoffe - TRgA205

5.9	Die ZHI-Schriften und Durchführungsanweisungen der gewerblichen Berufsgenossenschaften	206
5.9.1	Die ZHI-Schriften	206
5.9.2	Die Durchführungsanweisungen	206
6.	„Das Arbeitssicherheitsgesetz	207
6.1	Der Zweck des Gesetzes.	207
6.2	Der Geltungsbereich des Gesetzes.	209
6.3	Allgemeine Anforderungen.	212
6.3.1	Betriebsärzte.	212
6.3.2	Fachkräfte für Arbeitssicherheit.	213
6.4	Besondere Anforderungen des Arbeitssicherheitsgesetzes.	214
6.4.1	Betriebsärzte.	214
6.4.2	Fachkräfte für Arbeitssicherheit.	216
6.4.3	Der Arbeitsschutzausschuß und die Zusammenarbeit im Betrieb	217
7.	Die kollektivrechtliche Gestaltungsmacht	219
7.1	j Der Zweck der betriebsverfassungsrechtlichen Arbeitsschutzbestimmungen.	219
7.2	Allgemeine Anforderungen.	220
7.3	Besondere Anforderungen und Rechtsregeln des Betriebsverfassungsgesetzes.	222
7.3.1	Die Aufstellung normativer Regelungen für den Betrieb.	222
7.3.2	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates im technischen und organisatorischen Bereich.	223
7.3.2.1	Der Zweck der Unterrichtung.	224
7.3.2.2	Der Unterrichtungsverpflichtete.	226
7.3.2.3	Der Betriebsrat als informationsberechtigte Institution.	227
7.3.2.4	Der Zeitpunkt der Information des Betriebsrates durch den Arbeitgeber.	230
7.3.2.5	Der Gegenstand der Unterrichtungsverpflichtung	232'
7.3.2.6	Beratung und Beanstandungsvoraussetzungen.	235
7.3.2.7	Die Konfliktlösung.	235
7.3.3	Die Beteiligung des Betriebsrates bei Personalplanungsmaßnahmen im technisch-organisatorischen Bereich.	237
7.3.4	Die Beteiligung des Betriebsrates am Arbeitsschutz.	237
7.3.5	Die Kontrollrechte des Betriebsrates.	239
8.	Verantwortlichkeiten und Delegationsbefugnisse.	241
8.1	Der Zweck der Delegation.	241
8.2	Die Abgrenzung der Delegation gegenüber der Stellvertretung.	243
8.3	Die Zulässigkeitsanforderungen einer Delegation.	244
8.3.1	Öffentlich-rechtliche Schranken der Vertragsfreiheit.	244
8.3.2	Kollektivrechtliche Begrenzungen der Vertragsfreiheit.	245

8 3 3	Einzelvertraglich begründete Schranken der Delegationsbefugnis	246
8.4	Die konkreten, personenbezogenen Delegationsvoraussetzungen	248
8.4.1	Die fachlichen und persönlichen Qualifikationsmerkmale	248
8 4 2	Die Belastbarkeit des Delegierten	249
8.4.3	Die Übernahmebereitschaft	251
8.5	Der Rechtsvorgang der Delegation	252
8 5 1	Die inhaltliche Bedeutung des Übertragungsvorganges	252
8 5 2	Die Form der Übertragung	252
8 5 3	Die Bedeutung der Unterrichtung des Delegierten	253
8 6	Die Wirkung einer Delegation	255
8 6 1	Der Verantwortungsbereich des Delegierten	255
86 2	„Der Entscheidungs- und Verantwortungsbereich des Delegierenden	25 5
8 6 2 1	Die Auswahlverantwortung	256
8 6 2 2	Die Übertragungsverantwortung	257
8 6 2 3	•• Die Überwachungsverantwortung	257
8 6 3	Eingriffsrechte des Delegierenden	259
8 6 4	Die Außenwirkung der Delegation	260
9	Das Arbeitsstättenrecht in der weiteren Entwicklung	262
9.1	Die Einflußfaktoren durch die Humanisierung des Arbeitslebens	262
9 2	Ergonomische Mängel bei der Einführung neuer Technologien — Bei- „spiele.	264
9.2.1	Kassenarbeitsplätze in Selbstbedienungsläden	264
9.2.2	Bildschirmarbeitsplätze	265
9.2.3	Einmann-Omnibusse im Linienverkehr	269
9 2 4	Das Sicherheitskonzept im Anlagenbau	271
9.3	Arbeitsschutz, Arbeitswissenschaft, Ergonomie, Sicherheitstechnik, Wirtschaftlichkeit und Humanisierung des Arbeitslebens.	274
	Stichwortverzeichnis	277